

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Sablitzkovo nám. 32. Telefon 6793, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postfach 57544. Einzelpreis 70 Heller. Verkaufsbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16,- Kč, vierteljährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschland monatlich 120,- Mk, für Deutschland 16,- M. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dorläufig kein Eisenbahnerstreik.

Weitere Verhandlungen.

Die Vertreter der Rahmenorganisationen der Eisenbahnbediensteten beim Ministerpräsidenten Dr. Beneš.

Da alle Bemühungen der Rahmenorganisationen, vom gewesenen Eisenbahnminister Dr. Ing. Burger eine Sicherstellung für eine entsprechende Durchführung der durchbehandelten Gesetze zu erwirken, versagten, begaben sich gestern, den 29. ds., die Vertreter der Rahmenorganisation u. zw.: des „Verbandes der Eisenbahner“, der „Unie žel. zaměstnanců“, der „Jednota žij. dráh“, und des „Spolek cest. žel. uřed.“ unter Führung der Abgeordneten Grünzner, Brodecky, Burival und Navrátil zum neuen Ministerpräsidenten Dr. Beneš, um nochmals, im letzten Momente auf die offen gebliebenen strittigen Fragen, deren Erfüllung die Rahmenorganisationen beim ehemaligen Eisenbahnminister Dr. Ing. Burger, dessen Unnachgiebigkeit die Ursache der bedenklichen Bewegung unter den Eisenbahnbediensteten war, vergeblich angestrebt hatten, mit allem Nachdruck hinzuweisen. Die Vertreter der Rahmenorganisationen machten den Ministerpräsidenten Dr. Beneš auf die Gefahr und die katastrophalen Folgen, welche durch die Nichterfüllung der berechtigten Forderungen entstehen würden, aufmerksam.

Der Ministerpräsident versicherte, daß die neue Regierung alles daran setzen werde, damit die Forderungen der Eisenbahnbediensteten, welche den verfassungsgemäß genehmigten Gesetzen entsprechen, durchgeführt werden und zwar schnell und derart, daß sie dem Geiste der Gesetzgeber entsprechen. Der Ministerpräsident ersuchte zu diesem Zwecke um weitere Verhandlungen mit den parlamentarischen Vertretern der Rahmenorganisationen.

Die Vertreter der Rahmenorganisationen sahen nach diesen Verhandlungen keine Ursache, an dem ernstlichen Willen der neuen Regierung, welche die gerechten Forderungen erfüllen will, zu zweifeln. Nachdem zur Durchführung der Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Beneš eine gewisse Frist erforderlich ist, empfehlen die Vertreter der Rahmenorganisationen, die Erfüllung der Verbindlichkeiten, welche mit der Regierung vereinbart wurden, abzuwarten. Die Erklärung der Solidarität des Gesamtpersonales sowie dessen Entscheidung mit einem zweistündigen Streik zu demonstrieren, hat nach Anschauung der Vertreter der Rahmenorganisationen für diesen Zeitpunkt seinen Zweck erfüllt und entfällt daher der für den 30. ds. anberaumte zweistündige Demonstrationstreik. Für den 15. Oktober l. J. werden die Vertrauensmänner der Bediensteten neuerlich einberufen, um auf Grund der gemachten Propositionen der Regierung über die weitere Taktik zu beraten und zu entscheiden.

Für:

- den „Verband der Eisenbahner“ Ernst Grünzner, Max Cech;
- die „Unie žel. zaměstnanců“ Franz Stanek, Wilhelm Brodecky;
- die „Jednota žijenců dráh“ Gottfried Procházka, Franz Burival;
- den „Spolek cest. žel. uředníků“ Blažimil Polorný, Ottokar Šefcík.

Schon wieder konfisziert!

Die neue Regierung, das so vielgepriesene Konzentrationsministerium, war erst etwa vor 24 Stunden ernannt worden und schon beeilte es sich durch die Konfiskation unserer gestrigen Ausgabe die Wistitenkarte bei uns abzugeben. Es war dies gleichsam die erste Aktion des „neuen Kurses“ und man kann danach recht erfreuliche Schlüsse auf Art und Richtung dieses Kurses ziehen. Wir standen früher jahrzehntelang im Kriege mit der österreichischen Zensur, aber ein ähnlich starkes Gegenstück zu der gestrigen Konfiskation, die, wenn sie System des „neuen Kurses“ würde, die völlige Vernichtung des letzten Restes von Pressefreiheit bedeuten würde, finden wir vergebens in unseren Erinnerungen. Kaum einer selbst der allerborniertesten Zensoren in Österreich hätte eine solche Beschlagnahme gewagt, wie sie hier der neue Kurs durch den tschechoslowakischen Zensur gleichsam an die Spitze seiner neuen Regierungstätigkeit stellen ließ. Es ist wahrlich nicht unsere Schande, wenn wir immer wieder zu Vergleichen mit den reaktionären Verhältnissen in Österreich gereizt werden und dabei zu der traurigen Konstatierung gelangen, daß diese Vergleiche so oft und so gründlich zu Ungunsten der tschechoslowakischen „Demokratie“ ausfallen. In Österreich wurde in den letzten zwei Jahrzehnten gewiß auch viel konfisziert, aber es gab lange Perioden, in denen der Notstand des Staatsanwaltes fast vollständig ruhte, die Zeitungen eine Meinungsfreiheit genossen, die wie eine richtig gehende Pressefreiheit ausfiel und die Zensoren wurden gewöhnlich erst wieder 1200 und gegen freie Meinungsäußerungen empfindlich, wenn die Lage eine für die jeweilige Regierung kritische wurde, oder die Regierung ins Wanken kam. Die Zensoren dagegen, denen wir jetzt ausgeliefert sind, kennen nicht einmal diese Unterscheidung in freizeitsichere und weniger freizeitsichere Zeitläufte, sie sind immer nervös und sie fassen ihre Aufgabe nicht dahin auf, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit etwa bloß zum Schutze einer verkrachenden Regierung ins Werk zu setzen, sondern diese Unterdrückung des freien Wortes ist ihnen nachgerade Selbstzweck geworden und sie werden nicht erst am Sterbebette eines abgelebten Ministeriums lebendig, sondern stehen rosigst-beherrsch schon an der Schwelle jeder neuen Regierung und machen die Vernichtung der Pressefreiheit zur selbstverständlichen Erscheinung des Alltags.

In dem besondern Fall der gestrigen Konfiskation wird aber selbst das landesüblich gewordene Unmaß der Unterdrückung der Meinungsfreiheit noch überboten. Der Beschlagnahme versielen zwei größere Stellen in dem Artikel „Ein Wort an Masaryk“. Wir gestehen, daß, wenn auch unsere Meinung über die tschechoslowakische Zensur nicht die beste ist, wir es doch schlankweg für unmöglich gehalten haben, daß der Zensur es wagen könnte, wenn es das Zentralorgan einer großen Partei für notwendig findet, ein Wort an den Präsidenten des Staates zu richten, sich einzumengen, dieses Wort zu konfisizieren und so zu verhindern, daß es zur Kenntnis des Präsidenten gelange. Darin liegt nicht nur eine unerhörte Bedrückung der Bewegungsfreiheit einer Partei, das Vorgehen des Zensurs kommt auch einer Bevormundung des Staatsoberhauptes gleich. Man stelle sich vor, wir hätten in Österreich einmal in einem offenen Briefe ein Wort an den Kaiser zu richten für notwendig befunden, ob es ein Staatsanwalt gewagt hätte, diese Äußerungen, auch wenn sie nicht ganz nach seinem Geschmack gewesen wären, zu unterdrücken — eine Vorstellung, die jeder für völlig unmöglich erklären muß. In dem Vorgehen des Zensurs liegt eine umso ärgere Annäherung, als es der Präsident selbst

war, der jüngst in Preßburg, als ihm der Vertreter einer Abordnung Beschwerden eines Teiles der Bevölkerung vortrug, für die Offenheit, mit der diese Beschwerden vorgebracht wurden, ein anerkennendes Lobestwort fand. Der Präsident des Staates zeigt sich erfreut, wenn ihm Beschwerden mit aller Offenheit, wie es bei Menschen, die nicht niedrige Kriecherfüße sind, üblich ist, vorgebracht werden, aber was nützt es, der Zensur ist anderer Meinung und erweist sich als mächtiger, als der indirekt ausgesprochene Wunsch des Präsidenten nach Offenheit derjenigen, die sich an ihn wenden!

Die gestrige Konfiskation zeigt wieder einmal, wie tief wir trotz aller Schein- und Lippendemokratie im Geiste des altösterreichischen Vormars stehen und wie groß die Aufgabe aller wahrhaft freiheitlich Denkenden ist, zu erträglichen Zuständen zu gelangen. Jedenfalls irrt der Zensur, wenn er glaubt, unsere Mahnung an Masaryk, die Opfer der Dezemberjustiz zu befreien, dauernd unterdrücken zu können und er sei überzeugt, daß, sowie es uns gelungen ist, die österreichischen Zensoren zu europäischen Sitten zu erziehen, es dem Rechte und der Wahrheit gelingen wird, auch dem tschechoslowakischen Zensur Masaryk beizubringen.

Die Faust des Siegers.

Die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland sind aufgehoben worden, aber wie nach einer schweren Krankheit bleibt auch hier ein Uebel zurück: das Ueberwachungskomitee. Nicht Deutschland allein regelt fernerhin nach praktischen Erwägungen seine Ein- und Ausfuhr, sondern dieses Ueberwachungskomitee der Entente wird in Wirklichkeit Ein- und Ausfuhrscheine an französische Händler und Schieber ausstellen. So wird Deutschlands Wirtschaft „überwacht“!

Schon die Einführung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen gegen Deutschland bedeutete eine extensive Auslegung, einen Bruch des Vertrages von Versailles. Einer direkten Annexion deutschen Gebietes kam aber die Verletzung der französischen Zollgrenze über das besetzte Gebiet bis an den Rhein gleich. Deutschland hat hierauf das Ultimatum der Entente angenommen und sogar einige Tage früher, als von den Alliierten gefordert wurde, die Goldmilliarde den Siegern übergeben. Aber erst heute, nach Wochen, werden die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben und die militärischen, die Teile des Reiches zu einem Exerzierplatz der Entente und Deutschland zu einem Zähler dieser militärischen Mächtigkeiten machen. Bleiben bestehen. Aber nicht genug daran, daß französische, belgische und englische Offiziere das Rheinland durch ihre bedürfnisvolle Anwesenheit „sanktionieren“, soll auch fernerhin der französische Champagner- und Parfümeriewarenhändler Unterstützung finden, wenn er seine Bedarfsartikel für Schlemmer und Konferten nach Berlin bringen will. Das „Loch im Westen“, das Deutschlands wirtschaftliche Kraft unterhölt, seine Valuta ruiniert, wird nur noch weiter aufgerissen. Denn die Hemmung der deutschen Ausfuhr, die durch die fünfzigprozentigen Sanktionen verursacht wurde, hatte eine, wenn auch mäßige Abnahme der Einfuhr zur Folge. Jetzt aber fallen auch diese in blindem Glauben der Entente selbst ausgerichteten Schranken und durch das gewaltsam geöffnete Reich kann alles das einströmen, was, von Parasiten genossen, Deutschland wirtschaftlich vernichtet.

Der Teil der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Diktats, der die Handelsbeziehungen des Reiches mit der übrigen Welt regelt, raubt Deutschland in der Tat auch den letzten Rest von Souveränität, der selbst wirt-

schäftlich schwächsten Kleinstaaten eigen ist. Dieser Paragraph 264 und die folgenden, auf Grund welcher diese famose Ueberwachungskommission eingesetzt wird, verpflichtet Deutschland, die Alliierten und Assoziierten — 27 an der Zahl! — in keiner Form ungünstiger zu behandeln, als die Erzeugnisse irgendeines anderen Landes. Etwaige Einfuhrverbote müssen sich gleichmäßig auf alle Staaten beziehen. Und alle handelspolitischen Vergünstigungen, die Deutschland irgendeinem Staat gewährt, „treten gleichzeitig und bedingungslos ohne besonderen Antrag und ohne Gegenleistung für sämtliche alliierten und assoziierten Staaten in Geltung.“ Die Sieger knüpfen nun an die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen die Bedingung, daß Deutschland die Erfüllung dieser Paragraphen kontrollieren lasse. Deutschland, so weiß es die französische Presse zu berichten, hat an diese Bedingung auch seinerseits „Bedingungen“ gestellt, was keineswegs Wunder nimmt, wenn die absichtlich unklar abgefaßte Ententeurkunde von der französischen Presse so ausgedeutet wurde, daß der Entente eine intime Einmischung in die deutsche Zollverwaltung und ein Veto-recht für unbehagliche Lizenzen zustiehe. Was für ein verwerfliches Spiel die französische Diplomatie auch mit ihren englischen Kollegen treibt, geht aus einer Meldung des Londoner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ hervor. Dieser berichtet: „Die Franzosen hatten jene Formel für die Bedingungen in französischer Sprache so abgefaßt, daß sie nichts und alles bedeuten konnte. In der Eile scheint niemand Anstoß daran genommen zu haben und heute, ins Englische übertragen, liest man, die Kommission solle die Lizenzen „examine and deliver.“ „Prüfen und erteilen.“ In das Ermessen der Ueberwachungskommission ist also nicht nur die Ueberwachung der Einhaltung des Friedensvertrages, sondern einfach die Ein- und Ausfuhr der deutschen Industrie gestellt. Es geht wie ein Schuß, wenn man von der Aufhebung der Strafsanktionen hört. Die fünfzigprozentige Exportabgabe hat sich zur Anhebung Deutschlands als unwirksam erwiesen, denn dies fünfzig Prozent wurden von deutschen Fabrikanten und Händlern auf den ausländischen Verbraucher überwältigt, aber der gewaltsame Lizenzierung der Einfuhr steht die deutsche Wirtschaft einfach ohnmächtig gegenüber.

Auf dem Mannheimer Ausgange der Ludwigshafener Rheinbrücke halten Regier Wache. Niemand anderen durfte die französische Republik dort aufstellen, niemand anderer soll die französische Herrschaft den Deutschen gegenüber verunsichtlichen. Die Regier werden in Mannheim auch bleiben, trotzdem die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben wurden. Die Faust des höherrichtenden Siegers lastet unerträglich auf dem wehrlosen Deutschland.

Die Aufhebung der Sanktionen.

Berlin, 29. September. Die Mitteilung der Aufhebung der Sanktionen ab 30. September besagt in ihrem zweiten Satz: Die Alliierten laden die deutsche Regierung ein, möglichst bald ihre Delegierten zu bezeichnen, die zusammen mit den alliierten Sachverständigen die Modalitäten festsetzen werden, nach denen die Lizenzen geprüft und ausgestellt werden. In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Obersten Rates vom 13. August 1921. Die „Berliner Tagblatt“ sieht darin einen Beweis, daß die Aufhebung der Sanktionen nicht etwa wie es das französische offiziöse Kommuniqué darstellt, nur dadurch zustande gekommen ist, daß Deutschland restlos vor der französischen Auffassung kapituliert hat.

Inland.

Eitiges Lob. Ehe noch die neue Regierung, außer einigen Konfiskationen, zeigen kann, was sie vermag, regnet auf sie eine Flut von Lorbeer herab; — in Deutschland hat man derart vorzeitig eskomptierte Ruhmeslilien vor sich herbeigeholt. Das halbanthliche „Prager Abendblatt“ nennt das Kabinett ein „Friedenskabinett“, was daran erinnert, daß man Franz Josef als den „Friedenskaiser“ betitelte, der dann das Signal zum Weltkrieg gab, — es nennt es ein „Kabinett der Stabilisation und Konsolidation“, Herrn Dr. Benesch einen „glänzenden Taktiker“ und was dergleichen Lobsprieche mehr sind. Natürlich schweigt auch die „Prager Presse“ in Böhme und Mähren und sogar Tafe Jonsen ist „der Erfolge sicher“, die Benesch erzielen werde, sobald sich Herr Jonsen schon „im Voraus freut“. Die Freude soll ihm nicht schaden. Hoffentlich übersehen die neuen Minister ob dieser Lobeshymnen nicht, daß es im Staate auch Leute gibt, die bevor sie Lob spenden, erst die entsprechenden Taten sehen wollen.

Für den nationalen Frieden. Das Abendblatt des „Pravo Lidu“ vom 29. ds. M. wendet sich im Leitartikel an alle ernsten tschechischen Kreise, Wiederholungen beschämender nationalstischer Ausschreitungen nicht mehr zuzulassen und sich nicht von Demagogen, die für den reaktionären Umsturz arbeiten, verheßen zu lassen, als ob die nationale Existenz des tschechischen Volkes irgendwo bedroht wäre. Der Name des Ministerpräsidenten Benesch biete eine genügende Gewähr dafür, daß, was den Schutz der revolutionären Errungenschaften nach der nationalen Seite hin betrifft, keinerlei Befürchtungen nötig sind. — Die tschechische Sozialdemokratie halte es für ihre Aufgabe, im öffentlichen Leben und in der Regierung dahin zu wirken, daß die Gefahr einer chauvinistischen Regelung der nationalen Frage vermieden werde. Die führenden Männer der bürgerlichen Parteien in der Regierung, besonders von der agrarischen und katholischen Partei, sind leinetwegs chauvinistisch gesinnt. Aber die Wählermassen sind den Einflüsterungen unterirdischer reaktionärer Elemente, die mit Recht glauben, durch Aufspaltung der nationalen Leidenschaften ihren Zielen zu dienen, noch sehr zugänglich. Aber das Ziel aller Outgesonnen muß die Verwirklichung der nationalen Leidenschaften bilden, und die erste Bürgerpflicht unter der neuen Regierung bestehe darin, alle Versuche, neue nationale Unruhen hervorzurufen oder antidemokratische Grundgebungen — wo immer es sei — zu arrangieren, abzuwehren. Soll der Staat unter der neuen Regierung gedeihlich vorwärts kommen, dann bedarf es im Gegenteil einer Annäherung der Tschechen an die Deutschen, insbesondere einer Annäherung des tschechischen und deutschen arbeitenden Volkes. Und davor fürchten sich eben am meisten die Gegner des Sozialismus und die Feinde der Arbeiterklasse.

Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

Erklärung des Ministers Erba.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates erklärte der Leiter des Ernährungsministeriums Erba, daß das Ernährungsministerium im Rahmen der staatlichen Gesamtinteressen die Interessen der Konsumenten zu vertreten habe, welcher Aufgabe er sich wohl bewußt sei. In absehbarer Zeit werde man zur Auflösung dieses Ministeriums als eines selbständigen Staatsamtes kommen, denn die Kompetenz dieses Ministeriums verringert sich je mehr wir zu normalen wirtschaftlichen Zuständen gelangen. Der Minister ist zwar der Meinung, daß es im Interesse der Konsumenten und des Staates gewesen wäre, die Freigabe der Getreidewirtschaft um ein Jahr später durchzuführen, aber die Mehrheit der Bevölkerung hat sich durch ihre Vertreter in der Nationalversammlung für eine Uebergangswirtschaft schon im heurigen Jahre ausgesprochen. Zur Liquidation des Ministeriums kann es jedoch erst dann kommen, wenn es keine Aufgabe, die Verpflegung der unbemittelten Schichten der Bevölkerung mit billigem Brot und Mehl im Sinne der Regierungsverordnung durchführt. Man müsse achten, daß nicht an Stelle der früheren Zentralen große Privatkartelle treten, die die Produkte verteuern könnten. Wie groß die Gefahr ist, sieht man beim heurigen Kartoffelpreis, der um 150 Prozent höher ist, als der vorjährige. Zum Schluß hat der Minister den Reichswirtschaftsrat um seine Unterstützung gebittet.

In der Debatte wiesen die Beamten des Versorgungsministeriums Sahn und Sasek die gegen die Wirtschaftsräte erhobenen Anschuldigungen zurück. Genosse Gehorlam betonte, daß so lange ein Teil der staatlichen Ernährungswirtschaft aufrecht erhalten bleibe, auch die Reichswirtschaftsräte weiter bestehen

müssen. Wenn die Regierung sparen wolle, so könne sie das insbesondere im Nationalverteidigungsministerium. Nach Erörterung einiger kleinerer Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

Der Wert der einzelstaatlichen Politik in Deutschland.

(Von unserem sächsischen Mitarbeiter.)
Dresden, den 24. September.

O. E. In der gegenwärtigen Zeit, die vom Feldgeschrei der Nationalisten wider die Republik und vom Abwehralarm der Arbeiterklasse durchbraust wird, gewinnt in Deutschland die Frage der sozialistischen Betätigung in den Ländern immer größere Bedeutung. Die einzelstaatliche Politik trat bisweilen an die Stelle der großen Probleme der Reichspolitik in den Hintergrund und das ist selbstverständlich. Es entspricht durchaus nicht unserem Prinzip, einen üblen Partikularismus zu pflegen. Im Gegenteil waren wir Sozialisten stets bemüht, dem Unitarismus als dem Prinzip des Fortschritts die Wege zu ebnen. Soweit z. B. Sachsen in Betracht kommt, braucht man sich nur zu erinnern an jene während der Revolutionstage unter dem Einfluß der V. S. P. erlassenen Kundgebung der sächsischen Volksbeauftragten, in der die Hoffnung Ausdruck fand, daß die Einzelstaaten liquidiert werden mögen und daß zugunsten eines einheitlichen Reiches auf Wahlen zum Einzelstaatsparlament verzichtet werden könne, um zu wissen, daß die Forderung nach einem einigen Deutschland mehr als eine theoretische Würdigung in der sozialistischen Politik gefunden hat.

Aber die Revolution hielt nicht, was sie versprach. Die Einzelstaatserei verankert nicht im Zusammenbruch des Monarchismus. Und wenn Deutschland auch nicht mehr 26 Bundesstaaten zählt, wie vor dem 9. November 1918, denn die thüringischen Zwergstaatsgebilde schlossen sich zusammen und Coburg ward Bayern einverleibt, so sieht doch die politische Landkarte Deutschlands noch immer bunt genug aus. Freilich hat es auch in der nachrevolutionären Zeit an Versuchen nicht gefehlt, das Übergewicht des Reiches über die Einzelstaaten zu heben. Viele Befugnisse sind zur Zeit Reichsangelegenheit, die ehemals landeshoheitlicher Regelung unterlagen. Erinnert sei nur an die Reichsteuergesetzgebung, die den Ländern das System der direkten Steuern nahm. Erinnert sei ferner an die „Verreichlichung“ der Eisenbahnen und der Post, oder an die Schulparagrafen in der Reichsverfassung. Alle diese Versuche, den Einfluß des Reiches zu stärken, fanden im Bürgertum geteilte Aufnahme. Abgesehen von den Partikularisten per exzellenz entschied sich das Bürgertum nach reinsten Zweckmäßigkeitsgründen. In der ersten, leider nur zu kurzen Epoche der Revolution, als im Reich noch eine sozialistische Regierung vorhanden war, fürchteten die bürgerlichen Taten, die den kapitalistischen Interessen hätten gefährlich werden können. Der staatlichen Eingriffen in das privatkapitalistische Wirtschaftssystem z. B. oder, um ein anderes flagranteres Beispiel zu nennen, vor der Verwirklichung der Schule, packte sie derart das Entsetzen, daß sie vor Versuchen nicht zurückschreckten, Teile des Reiches, u. a. die Rheinprovinz, vom Reich abzulösen, bezw. diese hochverräterische Drohung gegen die sozialistischen Pläne auszuspielen. Nachdem aber dann in Weimar der Kurs des Reichsschiffes wieder entschieden kapitalistisch eingestellt worden war, hielt man bei jeder Gelegenheit den wenigen, noch sozialistisch regierten Bundesstaaten die Reichsgesetze vor.

Mit sozialistischen Bundesstaaten ist man im neuen Deutschland niemals zimperlich umgegangen. Erinnert sei da nur an die verschiedenen Expeditionen, die die Reichswehr seinerzeit gegen Bayern, Braunschweig und andere Gebiete unternommen hat. Dabei bestand der Streitfall durchaus nicht immer in dem Streben der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes, eine Reichsherrschaft zu errichten. In Gotha wurde im Gegenteil der Konflikt seinerzeit durch die Reaktion direkt provoziert, um die Herrschaft der verfassungsmäßig zustande gekommenen sozialistischen Regierung zu brechen.

Wald aber ward der Kurs verschiedener Bundesstaaten reaktionärer als der des Reiches. Der typischste Fall ist Bayern. Aber auch Preußen steht, besonders in der letzten Zeit, nicht allzusehr dem Kaiserparadies nach. Da sind es nun wieder dieselben Bürgerlichen, die diese Länder gegenüber der Reichspolitik unterwürfig machen. Obwohl doch wahrhaftig nicht allzuviel Anlaß gegeben ist! Denn nach wie vor braucht die Reichspolitik den Kapitalisten keine sonderliche Furcht einzuflöschen. Der gegenwärtige Reichskanzler, der Zentrumsmann Dr. Wirth, richtet zwar oft recht entschiedene und anerkennt-

wert beherzte Worte an die Adresse der Reaktion, aber als Bürgerlicher vermag er sich doch nur im Rahmen der Politik seiner Partei zu bewegen. Stegerwald, der preussische Ministerpräsident, der sich in der Rolle des jungen Mannes der Deutschnationalen gefällt, und gegen Wirth dieser Tage anlässlich dessen Auseinandersetzung mit der bairischen Komorra frontierte und Oswald, der bayerische Orgehsminister, sind gleichfalls Zentrumsanhänger, und man mag an dieser Tatsache ermessen, wie so nach so vielen Worten, die die konterrevolutionäre Gefahr zeigten, den Verhältnissen entsprechende Taten vergeblich auf sich warten lassen.

In diesen Zeiten gesteigerter Gefahr wächst aber die Bedeutung der Tatsache, daß in einigen Bundesstaaten trotz allem noch sozialistische Regierungen am Ruder sind. In Betracht kommen zur Zeit hauptsächlich Sachsen und Braunschweig. Aber auch Thüringen hat durch die jüngst dort stattgefundenen Wahlen eine proletarische Mehrheit erhalten, und auch dort ist also die Möglichkeit der sozialistischen Regierungsbildung und -betätigung gegeben. Die genannten Länder stellen gewissermaßen den Gegenpol zu den Reaktionsherden dar. Ist es also verwunderlich, daß die Kapitalisten und ihre journalistischer Anhang alles versuchen, die sozialistische Betätigung in den Ländern zu diskreditieren und den sozialistischen Regierungen das Leben so sauer als möglich zu machen? Sachsen sowohl als Braunschweig können davon ein Lied singen. Das ist natürlich kein Hindernisgrund, die im Rahmen der Verhältnisse möglichen Taten durchzuführen. So steht gegenwärtig in Sachsen die Frage der Gemeindeform auf der Tagesordnung. Wird der Entwurf der Regierung Gesetz, — und alle sozialistischen Vertreter werden sich mit Schärfe dafür einsetzen, — dann ist ein großer Schritt vorwärts getan. Zahllose tätige Kräfte können in den Dienst der Republik gestellt werden, der Beamtenfronte kann mit Erfolg begegnet werden und es ist die Möglichkeit gegeben, gewissermaßen auf breitem solidem Fundament, sozialistisch aufzubauen.

Schon dieses Beispiel zeigt die Wichtigkeit der Frage, ob in den Einzelländern Sozialisten oder Reaktionen an der Spitze stehen. Gewiß, die Funktionen in den Ländern sind außerordentlich beengt. Ginge es nach den Kommunisten, so würde in den einzelnen Staaten das Regieren den Bürgerlichen überlassen, „weil doch nichts erreicht wird“. Aber diese Auffassung ist absolut verfehlt und entspringt nur dem agitatorischen Bedürfnis der K. P. D. Uebrigens schwankt das Charakterbild der Kommunisten in der Zeiten Wirbel halbsoll hin und her. Auf ihrer vor 14 Tagen abgehaltenen Landesversammlung in Sachsen entschieden sie sich dahin, der sächsischen Regierung sogar die vorher verfolgten Grund- und Gewerbebesteuern, die diese zu ihrer Existenz braucht, zu bewilligen. Die Kommunisten unterstützen bisher die sozialistische Regierung — unterstützen sie aus rein opportunistischen Gründen — weil sie sonst die Quittung der Arbeiterschaft empfangen würden, die es nie verstehen könnten, daß eine Machtopposition, wie es die Regierung eines Einzelstaates zum allermindesten in Bezug auf die Ausführung und Auslegung der Reichsgesetze und hinsichtlich der Sicherung der Republik darstellt, müßlos den Orgehschienen überlassen würde!

Wir sehen an der Spitze des Reiches eine Regierung, durchaus nicht homogen in der Entschlossenheit, der Reaktion zu begegnen, durchaus nicht im Besitze der Macht und der Kräfte, den Ausfall der Monarchie einigermaßen gründlich zu säubern. Die Reichsregierung hätte die Pflicht, sich die nötige Macht zu erkämpfen. Diese Macht ist gegeben. Die deutsche Arbeiterklasse ist berufen, die republikanischen Errungenschaften zu verteidigen. Sie ist auch willens dazu, denn sie weiß, daß sie für ihren Aufstieg, für die Erreichung ihrer sozialistischen Ziele Betätigungsmöglichkeiten braucht. So sehr gerade die deutsche Republik die Arbeiter enttäuscht hat, so sehr sie bisher darin um den Preis einiger formal politischer Freiheiten betrogen wurden, um ihr vornehmstes Recht, die Anarchie der kapitalistischen Defonomie in sozialistische Ordnung umzuwerten, so wenig sind doch die Arbeiter bereit, die lärglichen Errungenschaften der Revolution preiszugeben. Und als bedeutsames Mittel im Kampfe für die Sicherung erworbener Rechte und zum Ausbau, zur Erreichung proletarischer Freiheiten dient der Arbeiterklasse die praktisch-sozialistische Betätigung in den deutschen Einzelstaaten, soweit dazu die Möglichkeit gegeben ist.

Genossen! Gedenkt des Fonds zur Erhaltung des Zentralorgans!

Regierungskrise in Österreich.

Misstrauensvotum der Sozialdemokraten.
Wien, 29. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Die Ministerkrise in Oesterreich ist noch nicht ausgebrochen, da die Großdeutschen heute noch keinen endgiltigen Beschluß über ihre Abstimmung zu den beiden Bankgesetzen gefaßt haben. Sie haben die Entscheidung ihrer Reichsparteileitung überlassen, die erst am Montag zusammentritt. Infolgedessen wurde der Budgetausschuß auf Dienstag vertagt. Doch soll der Finanzminister bereits gestern seine formelle Demission überreicht haben, die aber erst nach Erledigung der Bankgesetze angenommen werden wird, denn die Stellung des Finanzministers ist bereits seit längerer Zeit unhaltbar.

Im Außenamtsrat haben die Genossen Dr. Bauer und Seitz ihre ablehnende Haltung kundgetan. Seitz führte aus, daß es sich um eine rein politische Frage handle, bei der die Parteien entscheiden müssen, ob sie das Vertrauen zur Regierung haben, daß sie bei den Verhandlungen alles herausgeholt hat, was für Oesterreich herauszuholen ist, und ob die politischen Einflüsse von der Regierung richtig abgeschätzt wurden. Diese Frage können die Sozialdemokraten nicht bejahen. Dr. Bauer führte übrigens aus, daß der geringfügige Betrag, um den es sich jetzt handelt, auch aus dem Besitz der österreichischen Kapitalisten herauszuholen gewesen wäre. Daß der Entente-Imperialismus seine ganze Macht aufbietet, um die Interessen des Ententekapitalismus durchzusetzen, entspricht dem Wesen des Imperialismus überhaupt. Es widerspricht der Würde des Landes, wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien so tun, als ob sie mit den beiden Gesetzen, die uns die Entente aufzwingt, die Interessen Oesterreichs wahren würden.

Ein Angriff Hejjas' auf Bruck a. d. L.

Wien, 29. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Gestern nachts wurde ein Angriff ungarischer Freischärler auf Bruck a. d. Leitha, der in der Richtung auf die Lagerbrücke geführt war, von den Grenztruppen abgewiesen. Die angreifenden Insurgenten standen zweifellos unter dem Kommando von Hejjas, der den Befehl über große Bandenverbände führt, die in Parndorf konzentriert sind. Auf österreichischer Seite wurde ein Wehrmann verwundet. Gegen Morgen zogen sich die Banden zurück. Eine starke Bandenabteilung versuchte einen Ueberfall auf das Wirtshaus „Stumau“, der aber von Gendarmerie vereitelt wurde.

Noch ein Ultimatum an Ungarn.

Paris, 29. September. Savas meldet, daß der Minister des Auswärtigen, Briand, dem ungarischen Delegierten Prasmovsky eine Note habe übergeben lassen, in der die Note vom 26. September zur Kenntnis genommen wird, durch die die ungarische Regierung wissen ließ, daß sie auf eine Verständigung mit Oesterreich rechne. Die Mächte weisen aber darauf hin, daß sie nichtsdestoweniger die Note des Völkerrates vom 22. ds. M. aufrechterhalten, in der die Räumung der westungarischen Gebiete binnen 10 Tagen gefordert wird. Sie ständen auf dem Standpunkt, daß die Vermittlung einer dritten Macht der Ausführung des Friedensvertrages nicht hinderlich sein dürfe. Ungarn müsse also seine Verpflichtungen aus dem Vertrage, die es übernommen habe, ausführen.

Ein Dementi.

Wien, 29. September. Das Korr.-Bureau meldet: Gegenüber Blättermeldungen, wonach Oesterreich bereits in eine Notrettung Dobnaburgs eingewilligt habe, muß festgestellt werden, daß in den Unterredungen betreffend die Anbote einer Ententegroßmacht und des tschechoslowakischen Außenministers die Frage territorialer Konzessionen nur als Möglichkeit gestreift wurde. Oesterreich, das stets zu Unterhandlungen bereit ist, weil keine Möglichkeit außer acht gelassen werden darf, die westungarische Frage zu bereinigen, begehrt in voller Uebereinstimmung mit dem Standpunkte der Völkerratskonferenz, daß vor den Verhandlungen im Sinne der unternommenen Mediationen die klaglose Uebergabe des Burgenlandes erfolgt sein müsse. Auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen wurden aber von Oesterreich gegauwärtig zum erstenmale die Frage der Garantien aufgeworfen, durch deren Anwendung vor Eingehen in die Verhandlungen die klaglose Uebernahme und für die Zukunft der ungestörte Besitz des Gebietes gesichert werden soll.

Horthy soll gegen die einenen und die karlistischen Banden einschreiten.

London, 28. September. Neuter zufolge geht aus in London eingegangenen Nachrichten hervor, daß die ungarische Regierung willens ist, dem auf Räumung des Burgenlandes gerichteten Ersuchen zu willfahren. Sollte jedoch die ungarische Regierung irreguläre Banden im Lande zurücklassen, so würden die Alliierten darauf bestehen, daß Ungarn diese Banden nötigenfalls mit Gewalt vertreibt.

Die Völkervereinigung für eine Vermittlung nach Räumung des Burgenlandes.

Paris, 28. September. Die gestern unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammengetretene Völkervereinigung nahm die Note zur Kenntnis, durch welche die ungarische Regierung bekannt gab, daß sie das Vermittlungsangebot angenommen habe und zu einem Einvernehmen mit Oesterreich zu gelangen hoffe. Die Völkervereinigung nahm zur Kenntnis, daß die ungarische Regierung den guten Willen habe, sich in jedem Falle der Entscheidung der Mächte unterzuordnen. Die Konferenz werde keinerlei Einwände erheben, wenn zwischen Ungarn und Oesterreich Abmachungen getroffen werden, falls Oesterreich die angebotene Vermittlung annimmt, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die vorläufige Räumung der westungarischen Komitate innerhalb der durch die letzte Note der Völkervereinigung vorgeschriebenen Zeit durchgeführt werden sollen.

Banknotenumtausch mit Abzug.

Budapest, 29. September. (R. A. V.) Eine Verordnung des Finanzministers verfügt, daß die mit der ungarischen Abkämpfung versehenen Noten der österreichisch-ungarischen Bank zu 10.000 und 1000 Kronen mit einem Abzug von 75 Prozent und die Noten bis zu 100 Kronen mit einem solchen von 50 Prozent in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober gegen neue Staatsnoten umgetauscht werden. Nach dem 31. Oktober sind die alten Staatsnoten ungültig.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Paris, 28. September. (Kavas.) Der Ausschuss für die befreiten Gebiete ist heute zusammengetreten und hat die Mitteilungen Louchours über die Vereinbarungen in Wiesbaden entgegengenommen. Louchour bemerkt, daß die Franzosen das Recht der Wahl hätten und nicht gezwungen seien, die von Deutschland eingeführten Baustoffe zu nehmen. Diese würden zum französischen Durchschnittspreis verrechnet, der durch drei Persönlichkeiten, eine französische, eine deutsche und eine dritte, die vom Präsidenten der Schweiz bezeichnet werden soll, bestimmt werden. Dieser dritte Sachverständige solle jedoch nur vermitteln, falls sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden anderen ergeben. Der Wert der gelieferten Baustoffe wird auf das Reparationskonto geschrieben werden. Eine Art Einkaufsbureau würde in St. Quentin errichtet werden, wo alle Bestellungen von deutscher Ware zusammenlaufen sollen. Der Minister hofft, daß diese Vereinbarungen durch die deutsche Regierung zwischen dem 5. und 6. Oktober ratifiziert werden würden und daß sie vor Monatsablauf in Kraft treten können.

Deutschland.

Die Koalition und die U. S. P.

Berlin, 29. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Gestern abends haben Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Parteien der neuen Koalition im Beisein des Reichspräsidenten begonnen. Es wurde die inner- und außenpolitische Lage und die Steuerreform erörtert. Zu Ergebnissen darüber, wie das Kabinett ausgestaltet werden soll, haben die Verhandlungen bisher noch nicht geführt. Jedoch wissen einige Blätter zu melden, daß eine Einigung der vier Parteien auf ein gemeinsames innen- und außenpolitisches Programm festgestellt habe und daß am Sonnabend voraussichtlich die neue Koalitionsregierung ins Leben treten dürfte. Dr. Wirth soll Reichskanzler bleiben. Die Preußen haben offizielle Verhandlungen über die Neubildung der preußischen Regierung begonnen. Voraussichtlich wird Stegerwald auch im neuen Kabinett den Vorsitz innehaben. Während der Gölzinger Beschluß der S. P. D. bereits seine Wirksamkeit in der Frage der Koalitionsregierung zeigt, wird in rechtssozialistischen Blättern noch ausgeführt, daß der Beschluß die Möglichkeit bieten sollte, auch die Unabhängigen an der Regierung zu beteiligen. Die S. P. D. beabsichtigt, die Unabhängige sozialdemokratische Partei im Reichstag zu fragen, ob sie bereit sei, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Schon aus taktischen

Gründen sei eine solche Frage notwendig, denn solange die U. S. P. den Eintritt in eine Regierung ablehne und lediglich durch Phrasen und Zeitungsartikel die politische Lage zu meistern gedente, so lange sei sie nicht berechtigt, an einem Beschluß der S. P. D. Kritik zu üben, der ihr vielleicht mehr Vorteile bieten könnte, als den rechtsstehenden Parteien. Die „Freiheit“ bemerkt dazu, daß sie einer solchen Anfrage mit Gelassenheit entgegenstehe.

Zur Regierungsbildung im Reich und Preußen.

Berlin, 29. September. Reichskanzler Dr. Wirth hatte gestern abends mit dem preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald, dem Führer der Koalitionsparteien und dem Abg. Stresemann Besprechungen über die Regierungsbildung im Reich und in Preußen. In einer Sitzung der Reichstagsfraktion der deutschen Volkspartei kam zum Ausdruck, daß die Fraktion dem Eintritt der Partei in die Reichsregierung zustimme, daß jedoch kein Anlaß gegeben sei, auf eine schnelle Erledigung der Frage zu drängen. Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß die Regierungsbildung im Reich noch längere Zeit beanspruchen werde, dagegen dürfe man für Preußen auf eine schnellere Erledigung der Angelegenheit rechnen.

Mithilfe der Industriellen bei der Wiedergutmachung.

Berlin, 29. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Reichsverband deutscher Industrieller hat auf seiner Münchner Tagung seinen einstimmig angenommenen Entschluß bekannt gegeben, nach allen Kräften die Regierung bei der Durchführung der Sachleistung für die Wiedergutmachung zu unterstützen. Diese Sachleistungen sollen nach Möglichkeit durch die bestehenden Fach- und Landesverbände aufgebracht werden. So weit mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse einzelner Industriezweige die Bildung von Leistungsvorbänden notwendig werden sollte, soll sie freiwillig erfolgen. Diese Bereitwilligkeit sich an der Wiedergutmachung zu beteiligen, entspringt nicht etwa patriotischem Pflichtgefühl, sondern dem Wunsche der kapitalistischen Kreise, dem Regierungszwang zu entgehen.

Bayern und das Reich.

Berlin, 29. September. Wie die „Völkische Zeitung“ hört, ist gestern die offiziöse Zustimmung der bayerischen Regierung zu dem zwischen dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld getroffenen Vereinbarungen in Berlin eingetroffen.

Baldige Lösung der ober-schlesischen Frage.

Das Industriegebiet an Deutschland? London, 28. September. „Evening Standard“ zufolge wird erwartet, daß die vier Mächte, der des Völkerbundes, denen die ober-schlesische Frage unterbreitet worden ist, binnen 14 Tagen ihren Bericht erstatten werden. Die Entscheidung wird wahrscheinlich in der Hauptsache zu Gunsten des Bestrebens Englands und Italiens ausfallen, das Industriegebiet Deutschland zu überlassen.

Ein Tscheche und ein Schweizer Sachverständige.

Genf, 28. September. Wie aus Völkerbundkreisen mitgeteilt wird, sind mit der Untersuchung in Oberschlesien ein Schweizer und ein Tschechoslowake betraut worden. Beide Sachverständige sollen bereits wieder zurückgekehrt sein.

Russland bereitet sich auf einen Angriff der Randstaaten vor.

Stockholm, 28. September. „Aftonbladet“ meldet aus Moskau: Alle früheren Offiziere und Unteroffiziere bis zum 55. Lebensjahre sind mobilisiert worden. Die russischen Truppenansammlungen an der estnischen Grenze dauern an. Von Petersburg wurden mehrere Divisionen an die rumänische Grenze entsandt. Am 20. September gingen 3 Divisionen in die Umgebung von Dnestra ab. Die Sowjetregierung hat aus Furcht davor, daß die Entente eine Offensive der Randstaaten gegen Russland unterstützen wird, den Befehl gegeben, die besetzten Anlagen längs der Grenze und im Petersburger Gebiet in Verteidigungszustand zu setzen.

Die Tschechoslowakei verhaftet einen deutschen Industriellen.

Berlin, 29. September. Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, ist ein Industrieller, und zwar ein Herr Wagner vom „Europa-Asten Industrie- und Handelshaus“ in München, der sich auf Grund des deutsch-russischen Abkommens

nach Moskau begeben hatte, dort von der all-russischen außerordentlichen Kommission verhaftet worden.

Die Tschechoslowakei löst den Schriftsteller Czupryna.

Wien, 28. September. Der ukrainische Presedienst meldet aus Kiew: Die Bolschewiken haben in Kiew den ukrainischen Dichter Dzej Czupryna erschossen. Czupryna wurde von den Sowjetbehörden der Teilnahme der gegenrevolutionären Verschwörung beschuldigt und ohne formelles Gerichtsverfahren von der Kiewer außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution hingerichtet.

Krassin in London.

Berlin, 29. September. Wie die Blätter aus London berichten, ist der Vertreter der Sowjetregierung Krassin dort eingetroffen.

Italienisch-englische Verständigung über Albanien.

Berlin, 29. September. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Rom: Durch das eben abgeschlossene italienisch-englische Abkommen würde Albanien erreicht, was es erstrebt hat. Albanien Unabhängigkeit und Integrität werden von England und Frankreich verbürgt und Albanien erhält die von den Griechen beanspruchten Distrikte Koriza und Argyrocastro. Der Schutz Albanien gegen etwaige griechische oder jugoslawische Übergriffe kommt dem Völkerbunde, als dessen Vertreter Italien fungieren wird, zu. Mit diesem Abkommen dürfte man in Rom hoffen, daß die Hindernisse für eine weitere englisch-italienische Orientververständigung beseitigt seien.

Die Albanesen rufen zu einem Einfall in Serbien?

Belgrad, 28. September. (Tsch. R. A.) Die neuesten Meldungen aus Dibra bestätigen die Gerüchte über die in Albanien angedrohte Mobilisierung. Die mobilisierten albanischen Truppen, welche längs der serbischen Grenze konzentriert werden erhielten den Befehl, zum Einfall in das serbische Territorium bereit zu sein. Einer Meldung aus Podgorica zufolge ist eine lebhaftere Bewegung der albanischen Truppen gegen die serbische Grenze bemerkbar. Sie schoben ihre Abteilungen südlich der Arshibe Befehls vor und zerstörten dabei die serbischen Telephonverbindungen.

Die griechische Niederlage.

Konstantinopel, 28. September. Nach einem amtlichen Berichte aus Angora ist die griechische Armee bis Eski Schehir verdrängt worden. Ihre Nachhut wurden zum Rückzuge gezwungen. Die türkische Armee operiert hinter verschiedenen Gruppen der feindlichen Armee.

Vom Völkerbund.

Die Abrüstungsomdie.

Genf, 28. September. (Wolff.) In der dritten Kommission für Abrüstung wurde ein Vorschlag Lord Roberts Cecil (Südafrika) angenommen. Darnach sollen die Völkerbundsmitglieder von neuem aufgestellt werden, während der nächsten 2 bis 6 Jahre ihre Ausgaben für militärische Zwecke nicht zu erhöhen. Außerdem sollen die Gelehrten der ganzen Welt ersucht werden, ihre Entdeckungen über giftige Gase zu veröffentlichen, damit deren Anwendung in einem künftigen Kriege beschränkt werden könne. Andere Vorschläge bezogen sich auf die Propaganda zu Gunsten der Abrüstung. Regnaud (Frankreich) erklärte demgegenüber, daß eine derartige Propaganda nicht über die Bestimmungen des Paktes hinausgehen dürfe, denen zufolge Abrüstungen nur soweit zu geschehen brauchen, als sie mit der nationalen Sicherheit zu vereinbaren sind.

Die Minderheiten vom Völkerbund geschützt werden.

Genf, 28. September. (Wolff.) Die erste Kommission (Rechts- und Verfassungsfragen) beschäftigte sich heute mit dem Antrage des Professors Burah (Südafrika), der die Schaffung einer ständigen Kommission verlangt, die für die Entgegennahme der Klagen der Minderheiten und die Untersuchung an Ort und Stelle zuständig wäre. Der Bericht der Unterkommission über diesen Antrag hält dagegen eine Entschliessung des Rates vom 25. Oktober 1920 für ausreichend, um das Ziel Burah's zu verwirklichen. Nach jener Entschliessung sollen der Präsident und zwei von ihm ernannte Ratsmitglieder mit der Prüfung jeder Zusatzfrage an den Völkerbund über Beratungen von Minderheitsklagen betraut werden. Die erste Kommission schloß sich dieser Auffassung an.

Der Ausverkauf Oesterreichs.

Innsbruck, 29. September. Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, wurde gestern ein hiesiges großes Kaufhaus vorübergehend

besetzt, um von den Ausländern, besonders Italienern, nicht ausgekauft zu werden. Die meisten Geschäfte geben Waren nur mehr in beschränkter Stückzahl ab.

Metallarbeiterausperrung in Thüringen.

Erfurt, 29. September. In sämtlichen, dem Verbande Thüringischer Metallindustrieller angeschlossenen Betrieben ist heute früh die Aussperrung erfolgt, nach dem die Streikenden gestern nicht zur Arbeit zurückgekehrt sind.

Tages-Neuigkeiten.

Zum Gedenken Engelbert Humperdinds. In den Kinderstuben unserer Jahrhundert ist wenig Raum für Märchen. Taufende und Abertausende deutscher Proletarier wachsen heran, in frühester Jugend tägliche Augenzeugen von Not und Elend, unberührt von dem Goldglanz des deutschen Märchens. Glücklich das Arbeiterkind, das in einer Stadt lebt, in der ein gutes Theater den Durst der Jugend nach Romantik zu stillen versucht, denn in unseren Tagen vermag nur die Schaubühne vielen Kindern das Wunderland des Märchens aufzutun. Man muß es selbst erlebt, selber als Zehnjähriger den geheimnisvollen Raum des Theaters zum ersten Male betreten haben, um „Hänsel und Gretel“ zu schauen und zu hören, wie es Engelbert Humperdind geschaffen, der nun, ein Halbvergessener, ins Grab sank. Die jugendliche Seele hatte keine Ahnung von Dasein und Namen des Märchenkomponisten, aber die Erinnerung an den Abend, da man das „Brüderchen, komm, tanz mit mir“ und das „Ein Männlein steht im Walde“ zum ersten Male singen hörte, bleibt gewahrt bis ins reife Mannesalter, das dann auch befähigt, dem nunmehr toten Humperdind reichsten Dank abzustatten. Mit der Schöpfung des Märchenromans „Hänsel und Gretel“ hat der Rheinländer Humperdind, der bis dahin die Kunst nur als Schmutz des eigenen Lebens liebte, dem deutschen Volke das Märchen musikalisch wiedergewonnen. Mit einem Schläge erwarb sich der schlichte, doch hochgeachtete Musiker nach der Weimarer Aufführung (1891) seines Märchenstücks, das er sich selber erst als gefällige Gelegenheitsarbeit für die Weihnachtsfeier seiner Schwesterkinder gedacht hatte, Weltruhm. Sein kindlich-naiver Sinn für musikalische Volkspoesie, die schlicht-heitern Volkslieder, die Art, wie er die Stimme des Waldes und der ganzen Natur in Tönen auffing, war damals unerhört, ist heute noch unübertroffen, und sichert Humperdind Unsterblichkeit. Ein gelehriger Schüler Richard Wagners hat er auch in dessen Geiste Text und Rezitation behandelt. Aber sein „Hänsel und Gretel“ trägt dennoch des Komponisten ureigensten Ton, er hat das Gemütvolle, Volkstümliche des deutschen Märchens in sich empfunden und wiedergegeben verstanden, wie keiner vor und nach ihm. Was Humperdind später geschaffen, feine zarte, inuige Oper „Heinchen am Heud“, sein Melodram „Königskinder“, seine übrigen Märchenstücke und Kompositionen, waren trotz aller Reize nur Mittelmaßigkeiten, die die deutsche Bühne nicht in ihren bleibenden Bestand aufnahmen. Aber der Ruhm seiner ersten großen Schöpfung, dem er selber später niemals mehr nahe kam, bleibt unvergänglich. Seine Kinderlieder, seine so überaus sangbaren Weisen sind in den Schatz des Volkes eingegangen. Solange man Kindern unsere Volksmärchen erzählen und spielen wird, solange wird das Gedenken Engelbert Humperdinds bestehen und wir wollen, daß unsere Jugend, die Jugend des arbeitenden Volkes, immer und mehr als heute sich an dem reinen Quell des Märchens laben möge.

Das kommunistische Dunkel in Krummau. Der kommunistische Bürgermeister von Krummau, Hirschl, hat Donnerstag demissioniert. Die Meldung von dieser Demission kommt durchaus nicht überraschend. Die Zusammenhänge, in denen in letzter Zeit Hirschl genannt wurde, machen es nicht schwer, die Erklärung für diese plötzliche Abdankung zu finden, die keineswegs politische Ursachen zu haben scheint. Der Raubmord von Chodan war es, bei dem zuletzt der Name Hirschl genannt wurde. Hirschl war damals — wie die „Nova doba“ berichtete — von Hermann, einem der beiden Raubmörder, in der Redaktion der „Südböhmischen Arbeiterzeitung“ angetroffen worden und hatte später einen unterschriebenen und mit der Gemeindestampiglie versehenen leeren Heimatschein in die Redaktion geschickt, wo er für Hermann ausgefüllt wurde. Was Hirschl sich bewußt aufs Gewissen geladen hat, läßt sich natürlich nicht feststellen, aber daß seine Demission durch das allzugroße Mißvertrauen an kommunistische Dunkelmänner verursacht ist, wird klar, wenn man die ganze kommunistische Bewegung in Südböhmen und die Männer, die sie führen, betrachtet. In einer Organisation, die dem notorischen Valutenschieber Jnosky mit ihrem Namen deut und trotz seiner

Mumpereien wiederum zum Kreisvertrauensmann wählt, sind allerhand Dinge möglich. Vielleicht kommt durch die Demission des Bürgermeisters von Krummhuber doch einig Licht in das Dunkel, in dem die dortigen Kommunisten Legitimationen und Valuten schieben, vielleicht erfährt man auch sonst Näheres über die Tätigkeit Hirschs als Bürgermeister und darüber, warum gerade jetzt und so plötzlich seine Demission erfolgt ist.

414 Tote. Die vierte Totenliste von Oppau weist 14 Namen auf, sodass die Zahl der jetzt festgestellten Toten 414 beträgt. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt 75. Vermisst werden 160. — Der französische Chemiker Clau de, der nach seiner Ansicht über die Katastrophe in Oppau befragt wurde, nimmt an, daß die Katastrophe eine furchtbare Warnung vor der Anlage von Kalkofabrikanten ist, weil die Aufspeicherung von großen Mengen gefährlicher Stoffe eine ständige Gefahr für die Einwohner und die Umgebung bildet. Es sollten lieber hundert kleine Fabriken gebaut werden als eine große. Auch der französische Chemiker P o r p h y e ist der Meinung, daß das Bindemittel, um das es sich handelt, sehr leicht in Explosivstoff von größter Kraft umgewandelt werden kann.

Handelsminister Jng. Wladislav Koval empfängt Dienstag und Freitag von 9 bis 13 Uhr in allen Angelegenheiten seines Ressorts (Handelsministerium und Außenhandelsamt) in seinem Büro im Handelsministerium Prag III, Waldsteinpalais.

Teilweise Sperrung der Wiener Börse. Der Wiener „Mittag“ teilt mit, daß die Börse vorläufig an drei Tagen in der Woche gesperrt sein wird. Wenn diese Einschränkung des Börsenhandels nicht genügen sollte, um die Spekulationen zu verhindern, wird die Börse vollkommen gesperrt werden.

Garnitur 2, 3, 4 und 7 der „Vereinigten“. Wie gemeldet wird, haben sich die bisherigen Reichstagsabgeordneten der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands Levi, Maltzahn, Reich, Düwel, Geber jr., Marie Wackwitz, Ernst Däumig und Adolf Hoffmann im Reichstag zu einer eigenen Gruppe, der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zusammengeschlossen.

Vom Auto überfahren. In der Primatorska trda in Lieben wurde der Studierende der Lehrerbildungsanstalt Jaroslav Prushek, als er dem Wagen der elektrischen Straßenbahn ausweichen wollte, von einem Auto überfahren, welches der Chauffeur Franz Stolar aus Weinberge lenkte. Er wurde ins Allgemeine Krankenhaus überführt. Der Chauffeur soll an dem Unglück nicht schuld sein.

Brand. Gestern gegen 1 Uhr entzündete sich auf dem Grundstück des Hofes des Adolbert Fried in Chodov bei Hostivar ein großer Strohschober. Da in der Umgebung sich kein Wasser befindet, mußte das Stroh geopfert werden und die Abwehr sich darauf beschränken, die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Der Schaden beträgt ungefähr 80.000 Kronen.

Kleine Chronik.

Ein Taifun in Japan.

Osaka, 29. September. Durch einen Taifun, der das mittlere Japan heimsuchte, wurden viele Häuser überschwemmt und zerstört. Außerdem wurden Erdsenkungen hervorgerufen und viele Fischerboote und andere Fahrzeuge vernichtet. Da die Telefon- und Telegraphenleitungen zerstört sind, fehlen Einzelheiten. Die Zahl der Toten soll beträchtlich sein.

Die Heimbeförderung aus Rußland. Das tschechische Pressbüro meldet aus Stettin, daß dort Dienstag 124 Tschechoslowaken aus Rußland eingetroffen sind.

69 Häuser niedergebrannt. In der Gemeinde Cataja (Preßburger Gau, Seneßer Bezirk) wurden 69 Häuser durch einen Brand vernichtet. Die Hälfte der Gemeindebewohner ist obdachlos. Die Ursache des Brandes ist bisher nicht aufgeklärt.

Ein Sozialdemokrat Bürgermeister von Laibach. Da die bei der Konstituierung des Laibacher Gemeinderates erfolgte Wahl des Nationalsozialisten Pöschel zum Bürgermeister von der

Regierung nicht bestätigt worden war, fand Mittwoch die Neuwahl des Gemeindevorstandes statt. Der Advokat Dr. Ludwig Peric (Sozialdemokrat) wurde zum Bürgermeister und der Lehrer Ambrosie (Nationalsozialist) zum Vizebürgermeister gewählt.

Schiffsunglück auf der rumänischen Donau. Am 25. d. nachts ist nach einer Kesselexplosion bei Bolana in Rumänien der Dampfer „Szent Istvan“ gesunken. Der Besitzer des Transports, der frühere Baron Weinburg und neun Mann der Besatzung konnten nicht gerettet werden. Der Dampfer war mit 25 Waggons Mehl für die Gemeinden Baden und Böslau und mit vielen anderen wertvollen Lebensmitteln für das Wiener Kinderhilfswerk beladen.

Schießerei bei einem Begräbnis. Belfast, 29. September. Bei dem Begräbnis eines Protestanten, der kürzlich erschlagen wurde, wurde auf den Trauerzug Feuer eröffnet, wobei einige Personen verletzt wurden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Konsumverein Bilin gibt über sein 13. Geschäftsjahr für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis zum 30. Juni 1921 einen Geschäftsbericht heraus, dem wir entnehmen, daß der Verein gegenwärtig 1517 Mitglieder zählt. Der Jahresumsatz beträgt 4.224.113,32 Kronen, der Uberschuß 42.633,56 Kronen. So wie die Krankenkasse in Bilin schon früher in einer Reihe graphischer Darstellungen die Entwicklung der Kasse seit ihrem Bestehen veranschaulicht hat, so zeichnet sich auch der vorliegende Geschäftsbericht des Biliner Konsumvereines durch eine graphische Darstellung des Warenumsatzes sowie des Mitgliedsstandes aus. Die Darstellung des Warenumsatzes zeigt den Umsatz jeder Verkaufsstelle in einer Kiste dargestellt. Man sieht auf dem Bild die großen Verkaufsstellen durch große Kisten, die kleinen Verkaufsstellen durch kleine Kisten dargestellt. Die Kisten sind übereinander geschichtet und geben ein sehr deutliches Bild des Warenumsatzes in den einzelnen Verkaufsstellen. Das Bild wird für die Aufklärung unter den Genossenschaftsmitgliedern gute Dienste leisten. Ebenso treffend ist die graphische Darstellung des Mitgliederstandes und der Höhe der von den Mitgliedern der Genossenschaft anvertrauten Gelder. Die Mitgliederzahl wird durch einen Mann dargestellt, die Höhe der Gelder durch einen mit Geldstücken gefüllten Sack, den der Mann hält. Auch da sieht man, daß der Mann und der Sack, der den Mitgliederstand und die dem Konsumverein übergebenen Gelder der großen Verkaufsstellen darstellt, viel größer ist, als dieselbe Darstellung, die sich auf die kleineren Verkaufsstellen bezieht. Durch die graphische Darstellung gewinnt der Geschäftsbericht an Lebhaftigkeit und Interesse für die Mitglieder.

Die Entschuldigung auf dem Lande. Was die Grundbesitzer im Kriege und nach dem Kriege verdient haben, geht aus einer preussischen Statistik hervor. Die Hypothekeneintrahlung in Preußen betrug im Jahre 1913 3.103 Millionen Mark, im Jahre 1917 1.152 Millionen Mark 1918 2.169 Millionen Mark. Die Hypothekenschuldungen beliefen sich 1913 auf 1.966 Millionen Mark, 1917 auf 1.352 Millionen, 1918 auf 2.250 Millionen Mark. Die Hypothekeneintragungen betragen von den Hypothekeneintragungen 1913 63 Prozent, 1917 117 Prozent, 1918 103 Prozent. 1913 betrug der Uberschuß der Eintragungen über die Löschungen 1.137 Millionen, 1917 war jedoch ein Uberschuß der Löschungen über die Eintragungen von 200 Millionen Mark, 1918 von 81 Millionen Mark da. Die Gewinne der Landwirtschaft in der Kriegszeit sowie die Entwertung der Mark, wodurch die Hypothekenschuldung geringer wurde, machten es möglich, die Hypotheken abzutragen und den Boden zu entschulden.

Einheitliche Zuderpreise für die ganze Republik! Das Kontroll-Wirtschafts-Kollegium in der Slowakei beschloß, daß eine Deputation des Kontroll-Kollegiums am 1. Oktober bei der Regierung und dem Reichswirtschaftsrat in Prag vortreffe, es mögen die Preise des Zuders aus der neuen Kampagne einheitlich und gleich für die ganze

Republik festgestellt werden. Für die Slowakei mögen höhere Zuderpreise bestimmt und der Gefah für die größeren Erzeugungskosten in der Slowakei auf eine andere Art als durch Ueberwälzung auf die Konsumenten geschaffen werden.

Rückgang der Erwerbslosigkeit in Deutschland. Der Monat August hat eine weitere Verminderung in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich um rund 36.000 gebracht, und zwar ist die Zahl der männlichen unterstützten Erwerbslosen von 205.000 auf 177.000, die der weiblichen von 63.000 auf 53.000 zurückgegangen. Freilich muß bei der Bewertung dieser Statistik darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der nicht-unterstützten Erwerbslosen, sowie der Kurzarbeiter überhaupt nicht erfasst.

Zentrale Lohnregelung im deutschen Bergbau. Kürzlich fanden unter dem Vorsitz des deutschen Reichsarbeitsministers die von den Bergarbeiterverbänden angestrebten zentralen Lohnverhandlungen statt, die mit einem positiven Ergebnis endigten. Damit ist zum erstenmal für alle deutschen Bergreviere zu gleicher Zeit eine Lohnregelung erfolgt. Das heißt natürlich nicht, daß die Löhne in allen Revieren gleich sind, sie sind abgestuft und in ein bestimmtes Verhältnis zu einander gebracht.

Die Rückkehr zum Kapitalismus in Sowjetrußland. Auch im Geldwesen kehrt Rußland zum Kapitalismus zurück. Während die gewaltige Vermehrung der Umlaufmittel für die Sowjetregierung bisher ein Mittel war, die Kapitalisten zu exportieren, wollen nun die russischen Staatsmänner an die Bekämpfung der Inflation schreiten. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Vertreter der russischen Regierung K r a s s i n, worin dieser sich zu den angebotenen Problemen äußert. Das russische Budget soll dadurch saniert werden, daß man die unentgeltlichen Fahrten auf den Eisenbahnen aushebt und wieder zum Steuersystem zurückkehrt. K r a s s i n gibt zu, daß Rußlands Rückkehr zum Kapitalismus entschieden sei, daß aber dies nicht der alte Kapitalismus der Jarenzeit, sondern ein vom Proletariat kontrollierter Kapitalismus sein wird. Die Sowjetregierung rechnet auch damit, daß ihre neue Wirtschaftspolitik die Möglichkeit zu auswärtigen Anleihen eröffnen werde.

Steigerung des Notenumlaufes in Österreich. Wie der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, wird der nächste Ausweis der Oesterreichisch-ungarischen Bank eine Steigerung des Banknotenumlaufes um drei Milliarden aufweisen. Im vorigen, per 15. d. M. erschienenen Ausweise war die sechswöchentliche Umlaufsteigerung mit 1978 Millionen Kronen ausgewiesen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 316 1/2, 100 Mark 78, 100 schweiz. Franken 170 1/2, 100 Lire 308 1/2, 100 franz. Franken 601 1/2, 1 Pfund Sterling 366, 1 Dollar 98 1/2, 100 belg. Franken 681 1/2, 100 Peso 122 1/2, 100 Dinar 162 1/2, 100 Lei 81, 100 österr. Kronen 1,85, 100 poln. Mark 1,55, 100 ung. Kronen 13,65 tsch. Kronen.

Aus der Partei.

Auf der Bezirkskonferenz Dux, die Sonntag, den 25. September, in Dux statt besuch stattfand, wurden nach einem Referate des Genossen Uhl über den „Parteitag“ als Delegierte zum Parteitag folgende Genossen gewählt: Matejska-Ladowitz, Novy-Dux und Genossin Kühn-Ladowitz, diese auch für die Frauenrechtskonferenz. Hierauf wurde die vorgeschlagene Wahlgruppeneinteilung zur Kreisversammlung und ein Änderungsantrag des Kreisstatuts einstimmig angenommen. Ueber den neugegründeten Verein „Arbeiterheim“ referierte Genosse Matejska und erregte um rege Mitarbeit.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. „Tiefeland“, Russtdrama von Eugen d'Albert (Gastspiel Aline Sanden). Fast achtzehn Jahre sind verfloßen, seitdem diese Oper, die den Ruhm d'Alberts begründete, ihre Uraufführung in

Prag erlebte. Das Neue deutsche Theater mag stolz darauf sein, daß es zu diesem Werke, dem es Gebatte gestanden, immer wieder mit solcher Liebe zurückkehrt, wie dies die Ausführung am Mittwoch bewies. Mit runderer Kunst hat hier der Tonsetzer selbst die kleinste Seelenregung erfasst, die der Textdichter Guimera seine Gestalten erleben läßt. Wie Ephe windet sich die Musik um den fertigen Stamm der Dichtung, dessen charakteristische Gestalt sie nicht überwehrt, sondern noch deutlicher hervorhebt. Und doch bedarf es aller Kunst der Darstellung, durch volle Entfaltung des Gesanges und des Spiels b'Albert, dem melodischen Verklärer der tiefsten Seelenregungen des Herrn, der Magd und des Hirten gerecht zu werden. In Aline Sanden, dem Leipziger Gaste, hat d'Alberts Martha eine Darstellerin von künstlerischer Größe gefunden, die ihr ganzes Können, ihr reiches Talent, ihren vornehmen Gesang und ihre hohen schauspielerischen Fähigkeiten, ganz in den Dienst der schweren Aufgabe stellt, welche die Gestaltung Marthas bedeutet. Wenn es ihr aber vorzusetzen gelang, so vortrefflich den Gegensatz zwischen Martha, der unschuldig von der Sumpflust des Tieflands Erfassten, und dem Hirten Pedro zum Ausdruck zu bringen, der von hoch oben aus den reinen Bergen kommend, sich höchste Reinheit des Empfindens wahrte, so ist dies mit ein Verdienst des Herrn Macha, der als Sänger und Schauspieler den Pedro zu seinen besten Partien zählen darf. Glutheiße Liebe des Spaniers eignete beiden, die unmittelbare seelische Offenbarung durch hinreißenden Gesang unterstützte bei beiden Künstlern die vorzügliche Charakteristik des Spiels. Glutheiß spielte auch Herr Friener den Sebastiano. Dort, wo seiner großen, aber wenig schmiegamen Stimme in der Lyrik natürliche Schranken gesetzt sind, verstand er es vorzüglich, als Schauspieler den Mangel wettzumachen. Herr Ludwig fand prachtvolle Töne für den greisen Tommaso; schade nur, daß gerade dieser Sänger so wenig freies Spiel entfaltet, so wenig charakterisiert. Ein Genuß war es, zu sehen, wie die hohen künstlerischen Leistungen der Hauptdarsteller auch auf der Bühne wirksam wurden: der Chor sang nicht nur vortrefflich, sondern er spielte diesmal auch ganz ausgezeichnet. Das Sonderverdienst des Kapellmeisters Bella, des Orchester und der Spielleitung des Herrn Ludwig sei besonders verzeichnet. — Zum Schluß eine traurige Kritik des Publikums; noch zehn Minuten nach Beginn der Aufführung herrschte im Parkett und auf den Rängen ein laffehausmäßiges Treiben. Diese Störungen durch das Zuspatkommen sind geradezu skandalös. Entsprechende Weisungen an die Billeteure wären dringend von Nöten. — dt.

Neues Deutsches Theater. Heute „Salome“ mit Aline Sanden. Anfang 7 1/2 Uhr. Samstag „Die Scheidungsreise“, Anfang 7 Uhr, Nachvorstellung „Schöne Seelen“, „In Ewigkeit Amen“, „Braubach“. Richard Romanovsky als Gast. Sonntag abends die Operette „Don Cesar“.

Volkshilfskonzert des Vereines deutscher Arbeiter. Sonntag, 2. Oktober, 8 1/2, Produktentörse. An Stelle der erkrankten Liesel von Schuch singt Kammer Sänger Hans Rüdiger von der Dresdener Staatsoper, dessen vorjähriger glänzender Erfolg beim Prager Publikum unvergessen ist, „heitere Lieder aus alter Zeit“, ein Programm, das in unzähligen deutschen Städten stürmisch bejubelt wurde und oft wiederholt werden mußte. Am Flügel begleitet Rüdigers schöpferischer und beratender Mitarbeiter Kapellmeister Dr. Arthur Ehib von der Dresdener Staatsoper. Karten von Kr. 4.40 bis 11.50 bei Optiker Deutsch, Graben 25, Al. Bazar.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Urania.“

„Deutsche Kultur.“ Kirchenrat Dr. Sichert. 10 Vorträge. Beginn 6. Oktober, 6 1/2 Uhr. Karten für den ganzen Kurs 30 Kr. Urania-Kauslei, täglich 10—1 und 4—7 Uhr.

Ferausgeber:

Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermal. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Vertrauliche allerbeste Bezugsquelle.
Billige Bettfedern vom Gänsezüchter!
1 kg graue Halbsehleisfedern K 18.—, halbweisse geschlissene K 22.— u. 24.—, weisse flaumige K 35.—, 40.— und 50.—, Herrschalls-Halbflaumsehleis K 70.— u. 80.—, hochfeine K 90.—, ungeschl., weisse, feine K 62.— u. 80.—, grosse fertige Tauchente, gefüllt K 100.—, 190.— und 250.—, Kopfpolster K 40.—, 58.— u. 73.— versendet gegen Nachnahme Wenzel Fremuth, Deschenitz Nr. 145, Böhmerwald. Nichtpass. tausche um od. Geld zurück. Ausführliche Preisliste gratis.

Kleiner Anzeiger
Beamter sucht schönes, möbliertes Zimmer mit elektrischem Licht.
Antr. unter „Genosse“ an die Verw. d. Blattes.

Erstklassige Kragenbüglerin
wird per 1. Oktober aufgenommen.
Chemische Beilung Friedrich Hölcher, Znaim, 102

Kohle - Koks - Holz
liefern fuhren- und waggonweise
S. L. Reimann Söhne,
Prag II., Václavské nám. 47.
Telephon Nr. 1675 und 4179. 92

Spezialhaus für
Spitzen, Stickerei, Tulle
Vorhänge
A. R. Rmschelberg
Prag, ulice 28. Flina 1.

CAFÉ ELEKTRA
PRAG-WEINBERGE,
beim Museum, neben dem Deutschen Theater.
TREFFPUNKT DER GEMISSEN
Telephon 4854. 124

Sämtliche Druckaufträge
übernimmt
Lidová knihtiskárna A. Nemeč a spol.,
 („Pravo Lidu“)
PRAG II, Hybernská 7. :: Tel. 4999.

BIO

LIDO
Geschlechtskrankheiten.
Vortrag mit dreiteiligem gleichnamigen Film.

SVĚTOZOR Doppelprogramm! **Grosser Film!**
BANDIT DUBROVSKÝ
nach dem Roman von PUSKIN in 6 Teilen.
KLEINE FIGUR
Amerikan. politische Komödie in 4 Teilen.

NA SLOVANECH
Kolorierter Pathé Frères Film
Tausend und eine Nacht —
„Aus den Geheimnissen des Orients.“